

Spektrum

Europa verpflichtet

Von Verena Ringler

Nach vier offiziellen EU-Krisen-jahren und 25 EU-Gipfeln zum Thema wollen führende Köpfe in der politischen Szene helfen, die europaweite Solidarität zu stärken und den kollektiven Blick nach vorne zu richten. Das Zentrum: Deutschland. „Europa nach der Krise“ hieß das bisher wohl hochkarätigste und dichteste Forum zur EU-Zukunftsdebatte, abgehalten vor wenigen Tagen vom „Nicolas Berggruen Institute on Governance“ in Berlin. Doch auch innerhalb sämtlicher Parteien, Verbände, Vereinigungen und Gremien läuft die deutsche Debatte inzwischen ohne Zaudern und Zweifel auf „mehr Europa“ und auf „Solidarität statt Austerität“ (strenge Sparsamkeit) hinaus.

Über das große Bild scheinen sich führende Köpfe quer durch das demokratische Parteienspektrum Deutschlands einig zu sein: Nach der Phase der EU-Erweiterung geht es jetzt angesichts der Krisen-Erfahrung dringend und dezidiert um teils verschleppte, verschlammte oder versäumte Aufgaben im Bereich Vertiefung. „Unser Haus Europa ist nicht fertig gebaut. Wir möchten uns um unsere Strukturen bemühen“, so der Veranstalter Nicolas Berggruen.

Klar und deutlich schwören etwa Deutschlands Finanzminister Wolfgang Schäuble und Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (beide CDU), aber auch der EU-Parlamentspräsident Martin Schulz und Ex-Kanzler Gerhard Schröder (beide SPD) die Menschen zwischen Berlin, Helsinki und Rom auf ein Maximum an Beweglichkeit und Weitblick zur anstehenden politischen Neuordnung in Europa ein. „Eine ältere Gesellschaft wird sich schnell irrational entwickeln, wenn sie sich nicht über die Zukunftsaufgaben verständigt. Es ist noch nicht gewährleistet, dass im 21. Jahrhundert nicht ähnliche oder größere Dummheiten als im 20. Jahrhundert passieren.“ (Schäuble). „Wir brauchen Kerneuropa und es ist die Eurozone, plus eines Tages etwa Polen. Wir brauchen einen neuen europäischen Konvent und eine europäische Öff-



Foto: PantherStock; Bildbearbeitung: Tiroler Tageszeitung

fentlichkeit. Das nicht nur des Friedens, der Freiheit und der Demokratie willen. Sondern weil das die einzige Möglichkeit für Wohlstand und Perspektive ist“, so Ex-Kanzler Gerhard Schröder.

Subtext: Statt ihn noch länger abzuwenden, bewirbt man jetzt in Berlin langsam und behutsam den nötigen weiteren Transfer von Souveränität von der nationalen auf die europäische Ebene. Das erste „W“ der angestrebten „Wirtschafts- und Währungsunion“ soll ausgestaltet werden, indem die EU zu einer echten Wirtschaftsunion wird (bis auf Weiteres ohne Großbritannien und nur in Formation der Euro-Gruppe). Die Bankenunion und der Fiskalpakt sind erste Schritte dorthin; nächste wie etwa eine direkte EU-Steuer, ein gewählter Ratspräsident und ein stärkeres Mandat für den EU-Währungskommissar – ähnlich dem derzeitigen Wettbewerbskommissar – sind denkbar.

Die EU wird nach einer Phase teils befremdlicher Rhetorik aus Berlin gegenüber Südeuropa jetzt wieder als jene Schicksalsgemeinschaft und Transferunion benannt, die sie von Anfang an gewesen ist, und als die sie in den Schulhäusern des Kontinents üblicherweise vermittelt worden ist. SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück: „Wir wissen, dass Griechenland in den nächsten zehn Jahren nicht an die Kapitalmärkte zurückkehren wird. Also muss Deutschland der griechischen Realwirtschaft helfen, damit das Land wieder an den europäischen Konvoi anschließen kann, und das wird uns etwas kosten.“ Oder die Arbeitsministerin

von der Leyen, in Anspielung auf Deutschlands ureigene Paria-Erfahrung während der Geburt der europäischen Einigung: „Wer stark ist und wer schwach, das ändert sich. Klar ist: Wir müssen die Schwachen mitnehmen.“ Konkret heißt das: Die CDU wird zwar wahrscheinlich einem höheren EU-Haushalt, vor allem für Krisen- und Wachstumsinterventionen in gebeutelten Euro-Ländern, zustimmen. Doch sie wird unter Kanzlerin Angela Merkel wohl noch länger gegen die Inflation kämpfen, während eine Deflation herrscht, und sich gegen Eurobonds, also die gemeinsame Schuldenhaftung, wehren. Doch die SPD-Spitze befürwortet Eurobonds bereits. SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück am Berggruen Forum: „Deutschland wird zahlen müssen.“

Griechenland-Bashing „made in Germany“ wird ad acta gelegt. Deutschlands Spitzenkandidaten gehen visionär statt verbiebert in ihr Wahljahr. Auch die populistische Bild-Zeitung habe sich, so eine Funktionärin des Dachverbandes „Europäische Bewegung Deutschland“ in Berlin, vor mehr als einem Jahr gedreht und berichte seither tendenziell moderat zum Thema EU-Krise und Griechenland. Kein Chef eines wichtigen Industrie- oder Interessenverbandes setze sich mit Anti-Südeuropa-Aussagen in eine deutsche Talkshow. Das würden nur Randfiguren tun, schildert die Funktionärin ihre Beobachtungen.

Auch mögliche Änderungen im EU-Vertragswerk werden inzwischen angesprochen. Konkret könnte frühestens Ende 2013, realistisch wohl 2015, ein Konvent zu

neuen Schritten einberufen werden. In der politischen Mitte in Deutschland scheut man sich offenbar auch nicht mehr, die Wähler zu einer Volksabstimmung über das deutsche Grundgesetz einzuladen, womöglich im Jahr 2017. Gibt das Wahlvolk grünes Licht, so würde nicht mehr wie heute jeder Machttransfer nach Brüssel den Umweg zum Verfassungsgericht in Karlsruhe nötig machen.

Auffällig ist, dass auch abseits der Polit-Prominenz beinahe täglich neue Deklarationen und Variationen von deutschen Aktivisten für die Vertiefung der EU veröffentlicht werden: Die altehrwürdige Europa-Union etwa – sie nennt sich stolz „Deutschlands größte Bürgerinitiative für Europa“ – hat zeitgleich mit dem Berggruen Forum ihr Düsseldorfer Programm vorgestellt. Das Motto: „Europa ist nicht das Problem, sondern die Lösung.“ Das Ziel: ein europäischer Bundesstaat. Ebenfalls vor wenigen Tagen präsentierte Axel Schäfer, Vizechef der SPD, mit seinen „Sieben Schritten für ein neues Europa“ Forderungen zur Neujustierung der EU. Genauso druckfrisch ist das „Thesenpapier zur EU-Integration“ von zwei deutschen Grün-Abgeordneten im Europäischen Parlament.

Das Bemerkenswerte an all diesen Aussagen, Veranstaltungen und Programmen: Alle wichtigen Akteure im Schlüsselland Deutschland haben die Variable der Angst aus der Europa-Debatte herausgenommen. Das deutsche EU-Krisenmanagement scheint den Wandel zum Zukunftsmanagement vollzogen zu haben.

Politik im Scheinwerfer

Obama als (k)ein Vorbild

Von Peter Filzmaier

Hierzulande hätten Barack Obama nicht schlappe 50 Prozent gewählt, sondern sich mehr als neun von zehn Österreichern für ihn entschieden. Das könnte alpenrepublikanische Politiker in Versuchung führen, sich als Möchtegern-Obamas zu gebärden. Vermutlich würden dabei viele kläglich am mangelnden Kommunikationstalent scheitern. Doch eignet sich der US-Präsident überhaupt als vorbildlicher Wahlkämpfer?

Nein. Der größte Wettbewerbsvorteil Obamas war seine gigantische Datenbank. Obama hat gewonnen, weil sein Kampagnen-

team über knapp 15 Millionen (!) Computerdateien mit intimsten Informationen einzelner Wähler verfügt. Ganz legal können in den USA vom Ministerium Listen mit Namen und Kontaktadressen der Wähler gekauft werden. Parteipräferenz – man muss sich als Demokrat, Republikaner oder Unabhängiger registrieren – und Zeitpunkt aller Stimmabgaben seit Jahrzehnten inklusive.

Das wird ergänzt mit den Inhalten aus elektronischen Kundenkarten von Supermärkten bis zum Online-Buchhandel. Irgendwann sind neben Alter, Geschlecht und Hautfarbe auch Essgewohnheiten, Autoverlieben und Wohnverhältnisse eines Wählers erfasst. Oder Krankheiten.

Dadurch konnte Obama zielgerichtet und hocheffizient entscheidende Wählergruppen in jener Form ansprechen, die besonders persönlich erschien. Wollen wir das wirklich?

Die Kampagne des Präsidenten beruhte zudem darauf, seinen Mitbewerber möglichst schlechtzumachen. 91 Prozent der Werbespots Obamas waren negativ und gegen Romney gerichtet, der als „Rechtsaußen“ dargestellt werden sollte. Obwohl er als Gouverneur von Massachusetts eine gemäßigte Politik betrieb. Die Botschaft lautete: „Das ist der reichste Radikalinski, den es jemals als Präsidentschaftskandidat gab, und die Sorgen des Mittelstandes kümmern ihn keine Laus!“ Dilet-

tantan, welche mit wechselweisen Beschimpfungen auf solche Art das Image der eigenen Branche ruinieren, gibt es in unserer Parteienlandschaft sowieso genug.

Doch vertrauen jenseits des Atlantiks beispielsweise nur armselige zwölf Prozent dem Kongress, und diese Zahl ist hoffentlich kein Vorbild für den National- und Bundesrat.

Zu nicht guter Letzt fühlt sich als heimlicher Wahlsieger hinter Obama jemand wie Scott Dworkin, Chef der „Bulldog Finance Group“ – was für ein bezeichnender Name –, welche für Obama mit Keilermethoden Hunderte Millionen Dollar auftrieb. Dworkins feste Meinung ist, dass Inhalte 100-prozentig egal sind, sondern allein die dickere

Geldbörse über den Wahlsieg entscheidet. Da ist unser System der öffentlichen Politikfinanzierung besser, so unpopulär jeder Steuereuro für Parteien sein mag.

Zur Klarstellung: Die Romney-Kampagne war um nichts besser. Doch sollte der Sympathieträger Barack Obama nicht darüber hinwegtäuschen, dass Politik in den USA ein besonders schmutziges Geschäft ist.

peter.filzmaier@donau-uni.ac.at

Peter Filzmaier ist Professor für Demokratiestudien und Politikforschung an der Donau-Universität in Krems.



ringler1@yahoo.com

Verena Ringler ist Beraterin in Fragen der europäischen Integration. Sie gestaltete das 2012 Jubiläum des „Netzwerks der europäischen Stiftungen“ (NEF). Von 2006-09 war sie EU-Sprecherin im Kosovo.

